



Niederschrift

46. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 08.03.2006
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:45 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Krause, Siegmар	DIE LINKE. PDS	bis ca. 20:00 Uhr
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	von 17:15 - ca. 20:00 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis ca. 20:00 Uhr
Herr Grünberg, Kai	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Frau Grimm, Ute	Die Andere	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Küpper, Polizeipräsident
Herr Marshall, Polizei
Herr Barthel, Polizei
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam
Frau Marok, Geschichtswerkstatt Potsdam
Herr Ernst, für den GB 3
Herr Heise, Zentrale Steuerungsunterstützung
Herr Wittenberg, FB Kultur und Museum
Herr Schenke, FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 22. Februar 2006
- 2 Sicherheitsgespräch mit dem Polizeipräsidenten
- 3 Vergabe/Änderung eines Straßennamens in 'Hermann-von-Struve-Straße'
Vorlage: 06/SVV/0006
Fraktion CDU
- 4 Verfahren zum Bürgerhaushalt
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information zur Novellierung der Gemeindeordnung
- 5.2 Stellungnahme der Stadt zur Bewertung und zum weiteren Umgang mit der Videoüberwachung
gemäß Vorlage: 05/SVV/1044
- 5.3 Projekt 'Stolpersteine in Potsdam'
gemäß Vorlage: 05/SVV/0952
- 5.4 Information über die Dezentrale Schmutzwasserentsorgung
- 5.5 Schwimmhalle Am Brauhausberg
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 22. Februar 2006**
Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den TOP 5.2 – Videoüberwachung- nach dem TOP 2 zu behandeln, um hierzu auch die Stellungnahmen der Polizei mit berücksichtigen zu können. Weitere Hinweise und Änderungsvorschläge gibt es nicht; die Tagesordnung wird mit der genannten Änderung bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 45. Sitzung vom 22.02.2006 gibt es keine Änderungen und Hinweise; das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

zu 2 Sicherheitsgespräch mit dem Polizeipräsidenten

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Polizeipräsidenten Herrn Küpper sowie Herrn Marshall und Herrn Barthel vom Schutzbereich Potsdam.

Herr Marshall informiert über die Sicherheitslage in der Stadt Potsdam für das Jahr 2005. Zur Präsentation liegt allen Mitgliedern des Hauptausschusses ein schriftliches Material vor. In seinem Vortrag geht Herr Marshall unter anderem auf die Entwicklung der Straftaten im Vergleich der Jahre 2003/2004/2005 ein; dabei insbesondere auf Straftaten mit erhöhter Zunahme und Straftaten mit erhöhtem Rückgang der Deliktzahl, Schwerpunkte im Kriminalitätsgeschehen sowie politisch motivierte Taten und im Weiteren auf die Entwicklung der Tatverdächtigenstruktur bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden, die Deliktverteilung bei der Kinder- und Jugendkriminalität und die Opferstruktur. Abschließend verweist Herr Marshall darauf, dass die genannte Senkung der Straftaten auch zu einem erhöhtem Sicherheitsgefühl der Potsdamer Bürger beitragen und aus der dargestellten Statistik seitens der Polizei Ableitungen getroffen werden, die sich u.a. in dem Projekt TOP-TEN widerspiegeln. Darüber hinaus wird die Verkehrsunfalllage dargestellt, einschließlich des Anteils ausgewählter Altersgruppen als Verursacher von Unfällen, die Geschlechterstruktur der Unfallverursacher, die Hauptunfallursachen sowie ein Vergleich zwischen den Städten Potsdam, Frankfurt/O und Brandenburg. Abschließend wird über den Stand der Ermittlungen zur tötlichen Auseinandersetzung einer Gruppe Jugendlicher im Wohngebiet Drewitz informiert.

In der sich anschließenden Diskussion bedankt sich Herr Dr. Scharfenberg für den umfassenden Bericht und bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass dieser zum festen Bestandteil der Arbeit des Hauptausschusses geworden ist und in dem sich u.a. die hohe Qualität der Polizeiarbeit ausdrücke. Im Weiteren werden seine Nachfragen zur Zunahme von Gewaltdelikten, den Erkenntnissen zur Ursache der Verkehrsdelikte durch Radfahrer und die Einschätzung der Arbeit der Revierpolizisten beantwortet. So seien derzeit 30 Revierpolizisten für den Stadtbereich im Einsatz, was einer Quote von 1:5.000 entspreche. Mittlerweile sei man dazu übergegangen, auch jüngere PolizistInnen dafür einzusetzen, was sich durch eine hohe Akzeptanz dieser KollegInnen als richtig erwiesen habe. Die Tendenz der Gewaltdelikte sei in Potsdam leicht rückläufig und entspreche somit nicht dem Trend im restlichen Land Brandenburg. Bezüglich der Radfahrer merkt Herr Küpper an, dass hier ein Phänomen in der Art zu beobachten sei, dass Radfahrer und Autofahrer sich gegenseitig beschimpfen. Das Problem bei den Radfahrern sei die bewusste Verletzung von Verkehrsregeln.

Die Nachfragen von Herrn Gohlke, ob von Graffiti mehr öffentliche Einrichtungen oder private Häuser betroffen seien und nach der Aufklärungsquote dieser Straftaten beantwortet Herr Marshall wie folgt:

Bei dieser Art von Straftaten handele es sich nicht um Einzel- sondern um Serienstraftaten, so dass eine Aufklärung erheblich schwieriger sei. 2005 sei es nicht oft gelungen, die Täter auf frischer Tat zu ertappen und so sei man darauf angewiesen, Schwerpunkte im Schutzbereich zu setzen. Eine Arbeitsgruppe

widme sich speziell dieser Problematik und auch in der Sicherheitskonferenz der Stadt spiele das eine ständige Rolle. Eine Tendenz zwischen privaten und öffentlichen Gebäuden sei nicht zu erkennen. Mit Graffiti werde man sich dauerhaft beschäftigen müssen, da diese Art von Straftat nur eingegrenzt, aber nicht gänzlich verhindert werden könne.

Herr Schubert fragt nach der Akzeptanz der Fahrradstaffel und der Vorbereitung der Polizei auf die kommende Fußball-WM. Bezüglich der Fahrradstaffel verweist Herr Marshall darauf, dass die Akzeptanz innerhalb der Polizei sehr gestiegen sei, da die KollegInnen ihren Dienst bei Wind und Wetter draußen versehen. Auch bei den Bürgern sei diese Tendenz erkennbar, was sich in Aussagen und auch lobenden Bürgerbriefen widerspiegele. Zur Vorbereitung von Sicherheitsmaßnahmen bezüglich der Fußball-WM fehlten noch konkrete Informationen. Letztlich werden die Anforderungen an die Polizei ähnlich sein wie bei vergleichbaren Großveranstaltungen. Mit den Kommunen werde es eine enge Zusammenarbeit geben, um die Auflagen abstimmen zu können. Darüber hinaus werde das notwendige Personal vorgehalten, um angemessen reagieren zu können.

Frau Dr. Müller fragt nach, ob die Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Beirat positive Auswirkungen auf die Arbeit der Polizei habe. Herr Marshall bestätigt den positiven Effekt für die Arbeit der Polizei, da eine sachliche Information und der Transport von Informationen möglich sei. Darüber hinaus ergeben sich für ihn wichtige persönliche Kontakte, über die er ein Feedback zu bestimmten Problemen erhalte.

Anschließend wird der Tagesordnungspunkt 5.2 „Stellungnahme der Verwaltung zur Videoüberwachung“ behandelt. Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf den umfangreichen „Bericht der Landesregierung über die polizeiliche Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Straßen und Plätze zu präventiven Zwecken im Land Brandenburg“, der auch im Internet mit der Drucksache 2347/05 abrufbar sei bzw. im Fachbereich 32 zur Einsichtnahme bereit liege. Daran anschließend verweist Herr Ernst darauf, dass am Standort Potsdamer Hauptbahnhof ein Kriminalitätsbrennpunkt insbesondere bei Kraftfahrzeug- und Raddelikten sowie bei Körperverletzungen und Diebstählen vorhanden sei. Die dazu vorliegenden statistischen Angaben belegen, dass eine positive Tendenz bezüglich der Kriminalitätsentwicklung zu verzeichnen sei. Der Rückgang der Straftaten an den vier überwachten und den daran angrenzenden Bereichen betrage im Beobachtungszeitraum 1.100 Fälle, was als Sicherheitsgewinn zu werten sei. In Gesprächen mit Bürgern sei die Beendigung der Maßnahme abgelehnt und sowohl eine Weiterführung an diesem und eine Ausweitung auf andere Standorte gewünscht worden. Daraus ergebe sich die Einschätzung, dass sich durch die Videoüberwachung das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger erheblich verbessert habe. Als Fazit sei zu sagen, dass die Verwaltung die Videoüberwachung im Rahmen der präventiven Arbeit der Polizei unterstütze und befürworte und deren Erweiterung empfehle.

Herr Küpper ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass es auch politisch eine positivere Einschätzung als zu Beginn der Videoüberwachung gebe. Die anfangs ideologischen Vorurteile haben sich mit der Zeit verändert, was nicht zuletzt an den Terroranschlägen der vergangenen Jahre liege. Die Befürchtung einer schrankenlosen Ausweitung der Videoüberwachung sei ebenso nicht eingetreten und erweise sich auch als nicht notwendig. Mittlerweile rücke eine ganz andere Frage in den Vordergrund, nämlich die der Speicherung der Daten und die Schaffung eines entsprechenden Budgets.

Herr Dr. Scharfenberg meint anschließend, dass ihn die Stellungnahme der Stadt nicht überrasche, er aber trotzdem dafür sei, das Thema zu problematisieren. Die

unkritische Auffassung in der Bevölkerung ergebe sich seiner Meinung nach aus der Vorstellung, „es werde einem sofort geholfen“, was in der Realität nicht so sei, weil es eher um die „Nachsorge“ gehe. So wolle er wissen, in wie viel Fällen Straftaten verhindert wurden. Des Weiteren sei hierbei auch die Frage der Kosten zu beleuchten, weil für die Auswertung der Daten mehr Personal benötigt werde. Das wiederum stehe im Widerspruch zum derzeitigen Personalabbau bei der Polizei. Ein weiteres Problem sei die Kriminalitätsverdrängung in angrenzende Bereiche und letztlich relativiere sich der Rückgang im videoüberwachten Raum, weil es insgesamt einen starken Rückgang der Kriminalität gebe. Herr Bretz betont, dass es eine höhere Akzeptanz der Videoüberwachung gebe als anfangs vermutet. Damit Straftaten verhindern zu wollen, sei eine überzogene Erwartung, weil hier ein Gewöhnungseffekt eintrete.

Frau B. Müller fragt nach der Aufklärungsrate am Bahnhof und nach den geplanten Standorten für eine Ausweitung der Videoüberwachung. Herr Marshall antwortet darauf, dass die Aufklärungsquote nicht extra erfasst werde. Es sei normal, dass dort, wo polizeiliche Maßnahmen verstärkt werden, ein Verdrängungsprozess eintrete. Die Videoüberwachung sei eine ergänzende polizeiliche Maßnahme, bei der man darauf setze, die Täter auf frischer Tat zu stellen, das Entdeckungsrisiko zu erhöhen und auch nachträglich Täter ermitteln zu können. Als Standort für eine weitere Videoüberwachung nennt Herr Ernst z.B. den Busbahnhof.

Frau Dr. Schröter meint, die Videoüberwachung werde mit einem personalintensivem Aufwand betrieben und mit dem vielen Personal sei bisher wenig gelungen. Dem entgegnet Herr Küpper, dass mit den eingesetzten Kameras ein sehr großer Bereich abgedeckt werde, was durch Personal nicht substituiert werden könnte.

Auf die Nachfrage von Herrn Schüler, wie viel beobachtete Straftaten verhindert werden konnten, antwortet Herr Küpper, dass dadurch vermisste Personen aufgegriffen, Schlägereien und Raube verhindert werden konnten. Die Einzelheiten dazu seien im Bericht des Landtages enthalten.

zu 3 Vergabe/Änderung eines Straßennamens in 'Hermann-von-Struve-Straße' Vorlage: 06/SVV/0006

Der Oberbürgermeister gibt das Ergebnis der Beratung im Kulturausschuss bekannt, der der o.g. Vorlage am 09.02.06 einstimmig zugestimmt hat unter der Maßgabe, dass das „von“ zu streichen ist, da Hermann Struve kein Adelsprädikat in seinem Namen geführt habe.

Der Oberbürgermeister stellt die genannte Vorlage zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass die jetzige Planstraße 1 im Baugebiet Bornim/Hügelweg in „Hermann-Struve-Straße“ umbenannt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4 **Verfahren zum Bürgerhaushalt**

Herr Dr. Scharfenberg führt dazu aus, dass aus dem bisherigen Verfahren Schlussfolgerungen zu ziehen und das „Wie“ im Hauptausschuss zu diskutieren sei. Dabei sei zu bedenken, dass demnächst die Weichen für den nächsten Haushalt gestellt werden. Deshalb habe die Fraktion DIE LINKE. PDS einen Vorschlag unterbreitet, der allen Hauptausschussmitgliedern vorliege. Die Fraktion habe versucht, die Vorteile des bisherigen Verfahrens zu bewerten, aber auch das, was nicht funktioniert habe. Daraus resultierend werden Elemente für das künftige Verfahren vorgeschlagen, die zu einer „tatsächlichen Beteiligung der Bürger führen“. So sollte im ersten Halbjahr 2006 ein Workshop mit wissenschaftlicher Begleitung durch die Uni Potsdam eine Konzeptentwicklung unterstützen. Im Weiteren erläutert Herr Dr. Scharfenberg die Elemente aus dem Vorschlag der Fraktion.

Frau B. Müller verweist auf die Beratung der Fraktionen am vergangenen Montag zum Thema Bürgerhaushalt. Hier sei verabredet worden, dass die Vorschläge der Fraktionen über sie als Vorsitzende der StVV an alle anderen Fraktionen weitergeleitet werden. Die Vorschläge der Fraktionen CDU und Grüne/B 90 wurden per Mail weitergereicht; der Vorschlag der Fraktion SPD liege als Tischvorlage den Fraktionsvorsitzenden vor.

Herr Schubert meint Bezug nehmend auf das genannte Treffen der Fraktionen, dass die Meinungsbildung zum Thema Bürgerhaushalt ein offener Prozess sei. Um das Thema nicht zu zerreden, sollte nicht um Einzelpunkte gestritten werden. Vieles aus dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. PDS decke sich mit den Vorschlägen und Hinweisen aus dem genannten Treffen und deshalb sollte es eine gemeinsame Verständigung mit allen geben, an der sich auch alle beteiligen. Ein Auftreten mit einer Meinung sei jedenfalls besser als zu dieser Thematik in Konkurrenz zu gehen. Dem schließt sich Herr Bretz in seinen Ausführungen an und empfiehlt, heute nicht abschließend zu diskutieren. Die Diskussion sollte in der Arbeitsgruppe mit einer weitestgehend abgestimmten Zielstellung erfolgen. Man sollte sich die Zeit dafür nehmen, auch das Papier der Fraktion DIE LINKE. PDS mit einzubeziehen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er auf Konstruktivität hoffe – die PDS habe ein Angebot gemacht. Es müsse eine gemeinsame Diskussion mit der Verwaltung geben, denn man könne ihr nichts „aufzwingen“.

Herr Schüler meint, dass niemand gegen die Verwaltung etwas initiieren wolle. Sie war in der Arbeitsgruppe präsent und konstruktiv. In der Arbeitsgruppe soll die gedankliche Vorarbeit geleistet und Vorschläge erarbeitet werden; dem sollte sich die PDS nicht verweigern.

Daran anschließend fordert auch Herr Schubert die Fraktion DIE LINKE. PDS auf, sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen. Darüber hinaus wolle man die Erfahrungen anderer Städte nutzen. Lichtenberg habe z.B. ebenso mit einer Selbstverständigung begonnen und dabei sei man jetzt in Potsdam auch. Herr Exner führt dazu aus, dass sich Potsdam in der 2. Runde des Verfahrens, im sog. Feedback-Verfahren befinde. Er weist die Aussage von der Fraktion DIE LINKE. PDS zurück, Bürgervorschläge seien missachtet worden. Außerdem habe die Fraktion DIE LINKE. PDS ihre Chance für eine aktive Rolle nicht genutzt und die seit Anfang Dezember 2005 vorliegenden Vorschläge nicht diskutiert. Bei der Vielzahl der Vorschläge sei die Überlegung wichtig, was man damit tun wolle. Für die 3. Runde des Bürgerhaushalts müsse ein Teilnahmeverfahren im engeren Sinne machbar sein und man müsse überlegen, wie die notwendigen Kapazitäten bereitgestellt werden können.

Frau Dr. Müller verweist auf die zum Verfahren Bürgerhaushalt geführten Diskussionen im Jugendhilfeausschuss, die nicht von den Mitgliedern der Fraktionen initiiert wurden, sondern von den Vertretern der Jugendorganisationen und Verbände. Sie plädiert für eine sachliche Problemanalyse.

Herr Dr. Scharfenberg betont anschließend, dass das Verfahren zum Bürgerhaushalt nicht im Hauptausschuss diskutiert wurde und kein Vorschlag der Bürger in den Haushalt eingeflossen sei. Man müsse sich mit dem Thema kritisch auseinandersetzen.

Der Oberbürgermeister meint, dass das Verfahren verbesserungswürdig sei. Der Verwaltung vorzuwerfen, sie hätte das Verfahren „versiebt“, sei nicht berechtigt. Die unterschiedlichen Vorschläge sollten jetzt gesammelt und im Rahmen der Arbeitsgruppe diskutiert werden, für deren Moderation die Vorsitzende der StVV zur Verfügung stehe. Das Ergebnis der Diskussion sollte in einer Beschlussvorlage münden, die dann in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen sei.

Herr Dr. Scharfenberg beantragt die Aufnahme der Thematik Bürgerhaushalt in die nächste Tagesordnung des Hauptausschusses. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Information zur Novellierung der Gemeindeordnung

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu ausgereichte Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zum Eckpunktepapier des Ministeriums des Innern zur Novellierung der Gemeindeordnung.

Zum weiteren Verfahren äußert Herr Dr. Scharfenberg, dass diese Stellungnahme im Ausschuss diskutiert werden solle. Die Frage sei, wann die Meinungsbildung der Fraktionen dazu abgeschlossen sei. Herr Schüler führt dazu aus, dass ihn die Meinung des Städte- und Gemeindebundes nicht überrasche, sich diese aber nicht mit seiner Meinung decke. Deshalb stimme er der Auffassung zu, die Stadtverordnetenversammlung solle sich eine eigene Meinung erarbeiten und diese auch dem Land mitteilen. Er verweist auf ein in der Landesregierung existierendes Eckpunktepapier, in dem die allgemeine Zielstellung genannt sei und auch dazu sollte die Stadtverordnetenversammlung kritische Anmerkungen machen.

Zur Verfahrensweise schlägt Herr Bretz vor, die Diskussion auf die Themen zu beschränken, die Potsdam wirklich tangieren.

Der Oberbürgermeister fasst abschließend die Verfahrensweise wie folgt zusammen:

- Das genannte Eckpunktepapier der Landesregierung wird an die Fraktionen ausgereicht.
- Die Fraktionen signalisieren dem Oberbürgermeister, welche Themen sie für relevant halten.
- Die Diskussion wird in der Sitzung des Hauptausschusses am 12. April 2006 erfolgen.

Gegen die vorgeschlagene Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 5.2 Stellungnahme der Stadt zur Bewertung und zum weiteren Umgang mit der Videoüberwachung
gemäß Vorlage: 05/SVV/1044**

Siehe TOP 2

**zu 5.3 Projekt 'Stolpersteine in Potsdam'
gemäß Vorlage: 05/SVV/0952**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Frau Marok von der Geschichtswerkstatt Potsdam. Frau Marok berichtet über erste Schritte zur Umsetzung des Projektes, nach dem die Stadtverordneten einem entsprechenden Antrag zugestimmt haben. So habe sie Kontakt mit Schulen aufgenommen, im Archiv geforscht und Gespräche mit der Jüdischen Gemeinde geführt. Da ihr seitens einer Schule bereits signalisiert wurde, dass in diesem Schuljahr kein Raum mehr für dieses Projekt sei und andere Schulen noch gar nicht reagiert haben, schlägt Frau Marok vor, erst wieder im Herbst diesen Jahres über den Fortgang zu berichten. Sie trägt die Bitte vor, ihr Einsicht in die Standesamtsakten zu gewähren, um bestimmte Daten recherchieren zu können.

Der Oberbürgermeister schlägt einen erneuten Bericht im Oktober 2006 vor. Bezüglich der Einsichtnahme in die Standesamtsakten empfiehlt er, Kontakt mit dem Stadtarchiv aufzunehmen.

Gegen die Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5.4 Information über die Dezentrale Schmutzwasserentsorgung

Herr Paffhausen verweist dazu auf die durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Entsorgungssatzung, mit der für das gesamte Stadtgebiet und die neuen Ortsteile eine einheitliche Regelung getroffen wurde. Für die Leistung der Dezentrale Schmutzwasserentsorgung werde durch die EWP eine Ausschreibung vorbereitet. Bis zur Vergabe der Leistung sei die STEP damit beauftragt. Die Gebühr betrage einheitlich 8,18 €. Auf Nachfrage von Herrn Schüler, was Anschluss- und Benutzungszwang bedeute, erläutert der Oberbürgermeister, dass die Bürger den von der Stadt vorgegebenen Entsorger beauftragen müssen. Im Weiteren beantworten Herr Paffhausen und Herr Schenke vom FB Grün- und Verkehrsflächen Nachfragen der Hauptausschussmitglieder.

zu 5.5 Schwimmhalle Am Brauhausberg

Herr Paffhausen berichtet dazu, dass eine Interimslösung für eine schnellstmögliche Wiedereröffnung der Schwimmhalle gefunden wurde. Diese Variante koste 250.000 Euro, wenn beide Seiten saniert werden müssen; sollte nur die Nordseite betroffen sein, könnte sich der Preis auf 150.000 – 160.000 Euro reduzieren. Diese Maßnahme würde die Halle für ca. eineinhalb bis zwei Jahre nutzbar machen. Der mit der Prüfung beauftragte Statiker Herr Norbert Seidel ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass Voraussetzung dafür die Materialprüfung einer Dachstrebe sei. Eine am morgigen Tag zu entnehmende Probe werde in Cottbus untersucht. Nur wenn das Dachmaterial standfest sei, könne er einer Sanierung und Öffnung zustimmen.

Die Fraktionen DIE LINKE. PDS, SPD, CDU und Grüne/ B 90 stimmen der genannten Variante grundsätzlich zu. Eine Auftragsauslösung sollte sich allerdings auf die Ausschreibung der Planungsleistungen in Höhe von 5.000 Euro beschränken, um einen Zeitverlust zu vermeiden.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Stadt und die Stadtwerke kein Risiko eingehen werden und die Aufträge nur nach einem positivem Ergebnis der Materialprüfung ausgelöst werden. Herr Schröder warnt davor, die Beteiligten unter Zeitdruck zu setzen. Es sei wichtig, die Zeit einzuräumen, um eine gründliche Analyse vornehmen zu können.

Herr Schubert bittet, den Punkt in die nächste Tagesordnung der Hauptausschusssitzung aufzunehmen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg antwortet der Oberbürgermeister, dass der Termin bezüglich des Freizeitbad-Neubaus beim Wirtschaftsministerium der Monat April sei.

zu 6 **Sonstiges**

Frau Dr. Schröter bittet, einen Bericht über die Arbeit des Kulturbüros in die nächste Tagesordnung des Hauptausschusses aufzunehmen.

Herr Schubert erinnert an die Terminstellung der Berichterstattung über PPP-Modelle für Kitas und Schulen **gemäß Vorlage: 05/SVV/0749**, die für März festgelegt war. Frau Fischer verweist darauf, dass die Prüfung dazu noch nicht abgeschlossen sei. Der Oberbürgermeister sagt einen Zwischenbericht für die April-Sitzung der StVV zu.